Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

—

Postulat Ganioz Xavier / Gamba Marc-Antoine 2017-GC-92

Verwaltungsmandat an die ORS AG für die Betreuung der Asylsuchenden im Kanton Freiburg

I. Zusammenfassung des Postulats

Mit einem am 17. Mai 2017 eingereichten und begründeten Postulat stellen die Grossräte Xavier Ganioz und Marc-Antoine Gamba die Betreuung der seit 2015 eingetroffenen minderjährigen und jungen erwachsenen Asylsuchenden durch die ORS Service AG (die ORS) in Frage. Ausserdem vertreten sie die Auffassung, dass die ORS von zahlreichen Mitarbeitenden der Staatsdienste, vor allem vom Jugendamt (JA) und vom Kantonalen Sozialamt (KSA), sowie von vielen Freiwilligen unterstützt wird, damit sie Gewinne erzielen kann. Daher fragen sie sich, ob der Auftrag des Staatsrats an die ORS gerechtfertigt ist. Sie ersuchen den Staatsrat, seinen finanziellen Einsatz bei der ORS sowie den Gewinn, den die ORS aus der Durchführung ihres Auftrags im Kanton Freiburg zieht, offenzulegen. Auch verlangen die Grossräte vom Staatsrat, er möge die Möglichkeiten prüfen, eine andere freiburgische Organisation (einen Verein oder dergleichen), deren Tätigkeit nicht gewinnorientiert ist, mit der Flüchtlingsbetreuung im Kanton Freiburg zu beauftragen. Vom Büro des Grossen Rates wurde eine Fristverlängerung bis zum 28. Februar 2019 gewährt.

II. Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat hat offene Ohren für Fragen der guten Betreuung der minderjährigen und jungen erwachsenen Asylsuchenden. Er setzt alles daran, die Betreuung der Asylsuchenden in Berücksichtigung der für den Asylbereich charakteristischen Fluktuationen sicherzustellen. Die Aufträge an ORS und Caritas werden fortlaufend gemäss einer in diesem Bereich sehr variablen Konjunktur und unter Berücksichtigung der Entwicklung des gesetzlichen und finanziellen Rahmens angepasst. Diese Aufträge sind Gegenstand vielfacher Kontrollen auf mehreren Ebenen. Im Übrigen betont der Staatsrat, dass das Dispositiv seit 2017 verstärkt wurde, um eine bessere Betreuung der unbegleiteten minderjährigen und jungen Asylsuchenden zu gewährleisten. Ergänzt wird es durch den Einsatz verschiedener Vereine und Freiwilliger, die einen wichtigen Beitrag zur Integration der betroffenen Personen leisten.

Der Staatsrat lädt daher den Grossen Rat ein, das Postulat anzunehmen, und beantragt, ihm durch den beiliegenden Bericht direkt Folge zu leisten.

19. März 2019

Beilage

—

Bericht 2019-DSAS-22, 19. März 2019